

Mittwoch, 04.03.2009

Fritzlar-Homberg

SPD macht Schluss

Bürgerbegehren in Edermünde ist vom Tisch- Formale Fehler



Von Damai D. Dewert

Edermünde. Das Bürgerbegehren ist vom Tisch. Die SPD-Fraktion hat es mit den Stimmen der CDU für unzulässig erklärt. Diese Entscheidung hat für viel Unmut im Holzhäuser Gemeinschaftshaus gesorgt. Mehr als 50 Besucher kamen am Montag zur Sitzung der Gemeindevertreter. So groß war das öffentliche Interesse seit Jahren nicht.

Und eines war schnell klar: Der Großteil der Gäste wollte, dass die Gemeindevertreter - insbesondere die SPD als Mehrheitsfraktion - das Bürgerbegehren auf den Weg bringen.

Der Streitpunkt: Die SPD-Fraktion vertrat unter anderem die Meinung, dass wegen Formfehler nicht die nötige Unterschriftenanzahl berücksichtigt werden könnte. Dies hatte ein Rechtsgutachten des Hessischen Städte- und Gemeindebundes ergeben. Die Fraktionen der Grünen und der Freien Wähler sahen aber durchaus einen Ermessensspielraum in der Entscheidungsmöglichkeit und appellierten an die moralische Verpflichtung der Gemeindevertreter. Schließlich hätten mehr als 20 Prozent der Wahlberechtigten ihre Ablehnung der Vergabe der Planungshoheit an den interkommunalen Zweckverband zum Ausdruck gebracht.

Einige Punkte seien formal derart mangelhaft, dass es unmöglich sei, das Bürgerbegehren für zulässig zu erklären, sagt Karl-Heinz Färber, Edermündes Bürgermeister.

Auch wenn Lothar Gier mehrfach darauf hinwies, dass das Gutachten keinen rechtsverbindlichen Charakter habe, blieben SPD und CDU bei ihrer Meinung, dass auch für die anderen Fraktionen und die Vertreter des Bürgerbegehrens Recht und Gesetz gelte.

Das Begehren: Die Gemeindevertreter entscheiden nur noch über den Flächennutzungsplan, nicht aber über den Bebauungsplan des Gewerbegebiets. Dieser wird im interkommunalen Zweckverband mit Baunatal entschieden. Im Zweckverband sind aber nicht alle Fraktionen vertreten, das hatte die SPD so beschlossen. Gegen Entscheidungen des Zweckverbandes sind keine Bürgerbegehren und -entscheide möglich. Mit dem Begehren sollte die Vergabe der Planungshoheit gekippt werden.

Einen Antrag der Grünen zum interkommunalen Zweckverband lehnten SPD und CDU ebenfalls ab. Die Grünen wollten, dass die Protokolle der Verbandssitzungen allen Fraktionen aus den jeweiligen Parlamenten zur Verfügung gestellt werden.